

## **A n t r a g**

**der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜND-  
NIS 90/DIE GRÜNEN**

## **EntschlieÙung**

**zum dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
- Drucksache 7/1498 -  
Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landes-  
haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Thüringer  
Haushaltsgesetz 2021 -ThürHhG 2021-)**

**und**

**zum dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
- Drucksache 7/1499 -  
Gesetz zur Änderung des Thüringer Haushaltsgeset-  
zes 2020 (Thüringer Nachtragshaushaltsgesetz 2020  
-ThürNHhG 2020-)**

**"Gesundheitsfachberufe stärken - Ausbildungsfinanzie-  
rung erleichtern - Nachwuchs sichern"**

- I. Der Landtag stellt fest, dass
  1. der Fachkräftemangel in den Gesundheitsfachberufen ein kriti-  
sches Maß erreicht hat, das unverzügliches politisches Handeln  
erfordert;
  2. der Entscheidung für die Ausbildung in einem Gesundheitsfach-  
beruf nicht die finanziellen Rahmenbedingungen entgegenstehen  
dürfen;
  3. die Nachwuchssicherung in den Gesundheitsfachberufen sich  
auch in der Frage der Schulgeldfreiheit für Gesundheitsfachbe-  
rufe entscheiden wird;
  4. die Umsetzung des Beschlusses der gemeinsamen Konferenz der  
Gesundheitsminister der Länder mit dem Bundesminister für Ge-  
sundheit Jens Spahn aus dem Juni 2019, für alle Gesundheits-  
fachberufe die Schulgeldfreiheit einzuführen, unumgänglich ist.

- II. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,
1. die Schulgeldfreiheit für die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen, die im Eckpunktepapier der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Gesamtkonzept Gesundheitsfachberufe" genannt sind, einzuführen und die Finanzierung so lange sicherzustellen, bis eine bundeseinheitliche Lösung gefunden ist;
  2. den entsprechenden berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft die Einnahmeausfälle aufgrund der Schulgeldfreiheit zu erstatten.

**Begründung:**

Nicht nur in Thüringen, sondern in Deutschland insgesamt herrscht ein Mangel an Fachkräften in den Gesundheitsfachberufen. In ihrem Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und SPD im Jahr 2018 beschlossen, zur Steigerung der Attraktivität der Gesundheitsfachberufe das Schulgeld für diese Berufsausbildungen abzuschaffen. Eine entsprechende Vereinbarung der Gesundheitsminister der Länder in einer gemeinsamen Konferenz mit dem Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn (CDU) folgte im Juni 2019. Seitdem haben zahlreiche Länder, bereits im Vorgriff auf die Lösung des Bundes, die Schulgelder für die Gesundheitsfachberufe abgeschafft. Thüringen gehört zu den wenigen Bundesländern, die diesen Schritt bisher nicht gegangen sind, was zu einem großen Wettbewerbsnachteil und der Abwanderung potentieller Bewerber führt. Um dem Fachkräftemangel in den Gesundheitsfachberufen entgegenzutreten, die Chancengleichheit für die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen zu verbessern und Anreize zu setzen, die Ausbildung in Thüringen zu absolvieren, soll nun auch in Thüringen zum neuen Schuljahr eine entsprechende Regelung zur Schulgeldfreiheit eingeführt und sollen die berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft entsprechend entlastet werden.

Für die Fraktion DIE LINKE:	Für die Fraktion der CDU:	Für die Fraktion der SPD:	Für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:
--------------------------------	------------------------------	------------------------------	--

Blehschmidt	Bühl	Lehmann	Henfling
-------------	------	---------	----------